

Einleitende Worte zur Ausstellung

In den meisten Städten gehören Brücken zum Stadtbild. Oft überqueren wir auf ihnen einen Fluss, ohne es wirklich wahrzunehmen. Manche Gewässer sind jedoch größer und die Überquerung nicht so einfach und ungefährlich. Jährlich sterben Tausende Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Der Themenweg soll den (Flucht-) Weg von Afrika nach Europa und die Gründe für den Tod vieler dieser Menschen visualisieren. Jedes Plakat beschreibt einen bestimmten Abschnitt der Reise mit seinen spezifischen Gefahren. Am Anfang stehen die Fluchtursachen, gefolgt von den Gefahren der Wüstendurchquerung. Darauf folgen Informationen zur libyschen Küstenwache und mangelnden Rettungskapazitäten auf dem Mittelmeer sowie zum Ankommen in Europa.

Jeder Weg, jede Brücke kann von zwei Seiten aus begangen werden. Der Weg in der Gegenrichtung von Europa nach Afrika verläuft dabei ganz anders. Lesen Sie dazu die beiden einzeln stehenden, kleineren Plakate.



Die Menschen, die diese Ausstellung zusammenstellten, haben selbst keine Fluchterfahrung, sind weiß und haben einen europäischen Pass. Das als Grundlage nehmend, kann lediglich versucht werden, einen Blick von außen auf solch komplexe Umstände zu werfen.

Auch ist die Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer nur einer von mehreren möglichen Wegen. Die Routen aus der Türkei auf die griechischen Inseln oder von Nordwestafrika auf die kanarischen Inseln sowie über den Balkan bergen eigene Risiken und Hindernisse, die eine sichere und menschenwürdige Flucht ebenso unmöglich machen.

Quellenangaben finden sich jeweils am unteren Ende der Plakate.

Ursachen einer Flucht

Weltweit sind über 80 Millionen Menschen auf der Flucht, wovon mehr als die Hälfte (45,7 Millionen) innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen bleiben.[1] Eine große Zahl flieht in ein Nachbarland.

Es gibt viele verschiedene Gründe, warum Menschen aus ihrem Heimatland fliehen. Diese können grob in drei Hauptgründe eingeteilt werden:

Krieg und Gewalt

Es wird direkte Gewalt erlebt oder durch Konflikte werden Lebensgrundlagen und Infrastruktur zerstört, was ein menschenwürdiges Leben unmöglich macht.

Menschenrechtsverletzungen

Diskriminierung, Bedrohung oder Verfolgung aufgrund ethnischer, religiöser, politischer oder geschlechtsspezifischer Motive.

Hunger, Klima & Umwelt

Es kommt durch Wirtschaftskrisen oder die oben genannten kriegerischen Auseinandersetzungen zu Lebensmittelknappheit, was wiederum gewaltsame Konflikte auslösen oder verstärken kann.

Weiter können der Klimawandel oder durch Naturkatastrophen ausgelöste Umweltschäden die Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung von Menschen drastisch einschränken, was Menschen zur Flucht verleitet.[2]

Gedankenexperiment

Krieg und Gewalt

Stellen Sie sich vor, in Ihrem Heimatland Somalia herrscht seit Jahren Bürgerkrieg. Sie gehören einem der Mehrheiten-Clans an. Sie leben in Angst und Unsicherheit. Als mehrere Ihrer Familienmitglieder bei einem Anschlag der Terrormiliz Al-Shabaab ums Leben kommen, verlassen Sie Ihre Heimat.

Menschenrechtsverletzungen

Stellen Sie sich vor, Sie sind ein homosexueller Mann aus Kamerun. Vor einem Tag wurde Ihr Partner von der Polizei aufgrund seiner sexuellen Orientierung festgenommen und niemand weiß, was mit ihm geschieht. Sie fürchten, dass Ihnen das gleiche Schicksal droht, packen Ihre Sachen zusammen und verlassen Ihr Zuhause.

Hunger, Klima & Umwelt

Stellen Sie sich vor, Sie sind aus dem Tschad. Sie haben zwei Äcker, die seit Generationen im Besitz Ihrer Familie sind. Der ehemals fruchtbare Boden brachte Ihnen früher ausreichend Ertrag. Seit einigen Jahren herrscht Dürre. Der Boden Ihrer Äcker ist ausgetrocknet, die Erträge fallen aus und Ihre Familie leidet Hunger. Aus Hoffnung, Einkommen zu erwirtschaften, um Ihre Familie zu ernähren, verkaufen Sie Ihr ganzes Hab und Gut und machen sich auf den Weg. [2]

[1] UNO-Flüchtlingshilfe: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen>

[2] Schweizerische Flüchtlingshilfe: <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>
<https://www.srf.ch/audio/international/duerre-extremismus-hunger-fluchtpunkt-tschad?id=11291443>

Durch die Wüste Sahara

Rund 85% der Fläche des Staates Libyen ist von der Wüste Sahara bedeckt. Das bedeutet, dass alle, die aus den verschiedenen Teilen Afrikas an die Küste des Mittelmeeres wollen, zuerst die Wüste durchqueren müssen. Die Temperaturen schwanken zwischen 50° C und -16° C. Wasserstellen sind rar und oft schwer zugänglich. [3]

Verbot von LKW-Konvois

Seit dem Verbot 2015, Flüchtende auf beladenen LKWs mitzunehmen, fahren Pick-Ups meist nachts und auf unbekanntem Routen. Eine Panne bedeutet oft das Aus der Reise und wird nicht selten zur Lebensgefahr. Ein Reifenwechsel – so der Fahrer einen Ersatzreifen dabei hat – im lockeren Sand ist eine Herausforderung, bei der weniger zahlungskräftige Passagiere als Unterstützung für den Wagenheber dienen müssen. Dabei ist Überleben Glückssache. [4]



Gefahren in der Wüste

Viele bewaffnete Islamstengruppen in den verschiedenen Ländern des Sahara- und des Sahel-Gebietes wie Al-Qaida in Mali, Boko Haram in Nigeria oder die Al-Shabaab-Miliz in Somalia sind nur am Waffenhandel oder Drogenschmuggel interessiert. Andere machen aus dem Menschenhandel ein Geschäftsmodell. Eine weitere Gefahr stellen Grenzstreitigkeiten und bürgerkriegsähnliche Konflikte in verschiedenen Ländern Afrikas dar. An jeder Übergabestelle an einen anderen Schlepper müssen die Reisenden bezahlen. Werden sie überfallen und gekidnappt, erpresst der Warlord von den Angehörigen hohe Summen. Andernfalls drohen Schläge, Misshandlungen und Vergewaltigung. [5]

Tod oder Push-Back

Insgesamt bedeutet die Fahrt durch die Wüste eine Kette von Entbehrungen, Leid und Gefahren. Sie ist so teuer wie eine Luxus-Reise und kostet viele Menschen sogar das Leben. Expert*innen, z. B. von der IOM, sprechen von doppelt so vielen Opfern, wie sie das Mittelmeer fordert. Seit 2020 finden zunehmend Push-Backs aus Algerien, aber auch aus Libyen, in den Niger statt. Diese Politik muss als Auslagerung der EU-Außengrenzen nach Afrika bezeichnet werden. [7]



Menschenunwürdige Lager in Libyen

Erreichen die Fliehenden mit viel Glück Libyen, drohen neue Gefahren in Form von Polizei und Militär. Sie sperren die Menschen in überfüllte, menschenunwürdige Internierungslager, wo sie kaum Wasser und Nahrung bekommen, und die hygienischen Bedingungen mit katastrophal nur unzureichend beschrieben sind.

Auch hier herrschen willkürliche Folter, Vergewaltigungen und Erpressungen. Aus diesen Lagern und Gefängnissen kommen die Menschen, wenn überhaupt, meist erst nach Jahren frei und nachdem hohe Summen an Lösegeld, von den Angehörigen in der Heimat zu leisten, geflossen sind. [6]

[3] <https://wikipedia.org/wiki/Sahara>...<https://www.lernhelfer.de/schuelerlexikon/geografie/artikel/die-wueste-sahara>

[4] Alarmphone Sahara: Solidarität an den neuen EU-Außengrenzen, Veranstaltungstour mit Azizou Chehou und Moctar Dan Yaye

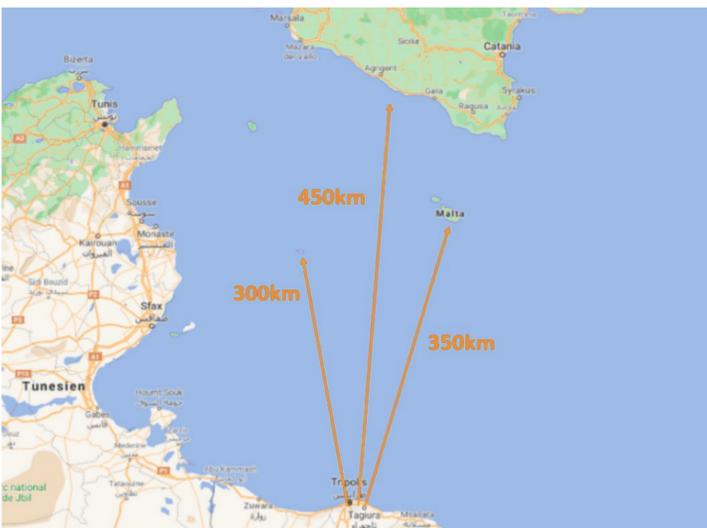
[5] migration control.info: Sahara und The wall street journal und bmvg: Libyens Küstenwache

[6] The wall street journal und bmvg: Libyens Küstenwache

[7] Bettina Rühl, Amnesty International: Flucht ins Gefängnis

Seit 2014 haben laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als 20.000 Menschen ihr Leben im Mittelmeer verloren, Dunkelziffer unbekannt. Rund 80% davon starben im zentralen Mittelmeer, der tödlichsten maritimen Fluchtroute der Welt. Dessen Überquerung ist in den letzten Jahren noch gefährlicher geworden; die Sterblichkeitsrate ist explodiert und die humanitäre Lage hat sich weiter zugespitzt. [8]

Untaugliche Boote, riesige Distanzen



Die Strecken zwischen Libyen, Italien und Malta betragen zwischen 300 und 450 km*. Die Boote, in denen Menschen aus Libyen fliehen, sind jedoch nicht für solche Distanzen gemacht. Oft bleibt auf den überbesetzten Booten zudem kein Platz für ausreichend Treibstoff, Nahrung und, vor allem, kein Platz für Rettungswesten.

*Vergleich: Nürnberg – Frankfurt: ca. 200 km, Fürth – Köln: ca. 340 km
Erlangen – Bremen: ca. 410 km

X Schlauchboote

Für 30 bis 60 Personen ausgelegt. Oft sind sie jedoch mit weit mehr als 100 Menschen heillos überbesetzt.

X Holzboote

Zwischen 300 und 400 Passagiere sind auf engstem Raum zusammengepfercht. Diese Boote sind genauso gefährlich wie Schlauchboote, denn die Menschen befinden sich nicht nur auf dem Boot, sondern auch im Laderaum.



Ich verbrachte vier Tage auf See, bevor ich gerettet wurde. In der Nacht, in der wir Libyen verließen, riss der Boden des Bootes. Niemand hat die ganze Zeit geschlafen, weil wir das Wasser mit einer leeren Benzindose leeren mussten. Nach dem ersten Tag ging uns das Essen und Wasser aus.

Ein Mann wurde sogar so verzweifelt, dass er über Bord sprang. [...] Alle waren überzeugt, dass wir sterben würden. [9]

Zwangsrückführungen

Seit 2017 wurde die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer zunehmend an die libysche Küstenwache ausgelagert. Diese fing allein 2020 über 11.000 Menschen auf See ab und brachte sie zurück nach Libyen. Dort sperrten sie sie meist erneut in Internierungslager. Die rechtliche Pflicht, Überlebende der Seenot an einen „sicheren Ort“ zu bringen, sowie das internationale „Non-Refoulement Prinzip“ aus der Genfer Flüchtlingskonvention, nach dem Menschen nicht in Staaten zurückgeführt werden dürfen, wo ihnen Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, werden dadurch verletzt.[10]

Fehlende Rettungskapazitäten

Spätestens seit dem Rückzug Deutschlands aus der EU-übergreifenden, im Grundsatz militärischen „Operation Sophia“ (Mai 2015 bis Juni 2019) zur Bekämpfung des Schlepperwesens und Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen gab es keine staatlichen Bemühungen mehr, dem Sterben auf dem Mittelmeer ein Ende zu setzen. Während der „Operation Sophia“ wurden von der Bundeswehr über 22.500 Flüchtlinge und insgesamt ca. 45.000 Menschen aus Seenot gerettet, bis Italien seine Häfen schloss und die Flüchtlinge nicht mehr in Sicherheit gebracht werden konnten. [11]

[8] <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>

[9] <https://sosmediterranee.e/jetzt-auf-dem-mittelmeer> und https://sosmediterranee.ch/wp-content/uploads/2020/12/SOS-MEDITERRANEE-%E2%80%93-SCHIFFBRUECHIGE-JUGEND-CH_1206.pdf

[10] <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%201405/volume-1405-I-23489-English.pdf> und Fürther Nachrichten, 12.07.2021: „EU hat die Abwehr von Flüchtlingen outgesourct“

[11] Deutsche Welle 23.01.2019 und <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/abgeschlossene-einsaetze-der-bundeswehr/eunavfor-med-operation-sophia>

Ankommen auf dem europäischen Festland

Immer wieder erschrecken Meldungen, dass Boote unmittelbar vor der europäischen Küste, also kurz vor ihrem Ziel, in Seenot geraten und kentern. Dabei werden sie häufig durchaus von der Küstenwache oder von fliegenden Aufklärungsinstrumenten einer Seenotrettungsorganisation [s. Plakat 9] geortet und ihre Koordinaten der lokalen Küstenwache durchgegeben. Doch diese reagieren zunehmend nicht. So sind am Osterwochenende 2020 laut Sea-Watch mindestens 85 Menschen vor Malta ertrunken, der Kontakt zu zwei weiteren Schlauchbooten riss ebenfalls ab. Die Position sei bekannt gewesen, Malta wäre zuständig gewesen, rettete aber nicht. Auch die anderen europäischen Staaten griffen nicht ein, alle schauten zu.

Einzig 47 Menschen in einem weiteren Boot konnten am Ostermontag, 13.04.2020, von dem kleinen spanischen Rettungsschiff „Aita Mari“ an Bord genommen werden. [12]

Namenlose Gräber

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist das Risiko im Mittelmeer zu sterben viermal höher, wenn zivile Seenotrettung kriminalisiert und ihre Arbeit behindert wird.

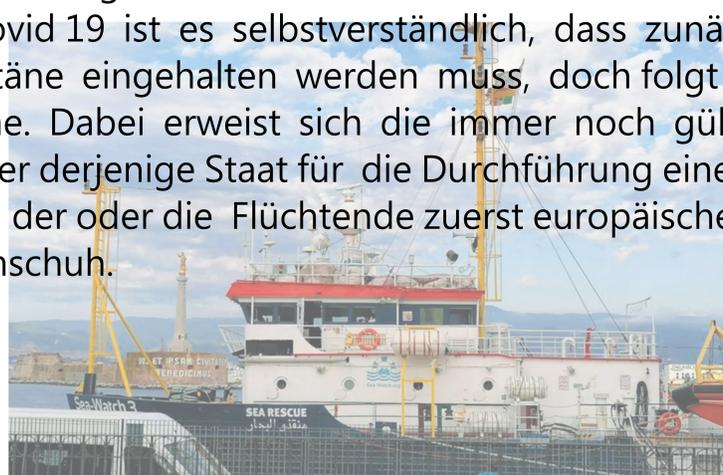
Die Mole von Lampedusa, einer kleinen italienischen Insel vor der Südküste, wurde zur Wartehalle für Hunderte aufgereihter Särge. Auf dem Friedhof entstand ein Abschnitt für die namenlosen Opfer der Mittelmeerüberquerung.



Politik der geschlossenen Häfen

Sind Flüchtlinge rechtzeitig von ihren seeuntauglichen Booten durch ein Schiff einer Nichtregierungsorganisation (NGO) [s. Plakat 9] gerettet worden, ist oft das Bangen und Warten noch nicht zu Ende. Die Politik der „Geschlossenen Häfen“, wird besonders ausgeprägt von Italien betrieben, seit Salvini dort Außenminister war, wird aber ebenso von Malta gehandhabt. Immer weniger Städte sind bereit, gerettete Flüchtende auf einem Schiff von Bord gehen zu lassen und sie zu versorgen.

In Zeiten von Covid 19 ist es selbstverständlich, dass zunächst eine zweiwöchige Quarantäne eingehalten werden muss, doch folgt ein zähes Ringen um die Aufnahme. Dabei erweist sich die immer noch gültige DUBLIN - Regelung, nach der derjenige Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, wo der oder die Flüchtende zuerst europäischen Boden betritt, als größter Hemmschuh.



Konnten die Seenotretter*innen ihre Gäste, wie sie die Geretteten nennen, endlich von Bord gehen lassen – wo diese außer der psychischen Belastung die eingeschränkten Möglichkeiten einer medizinischen Versorgung erleiden mussten – sind sie mit der nächsten Schwierigkeit konfrontiert: Statt möglichst rasch zum nächsten lebensrettenden Einsatz auszulaufen, werden sie zunehmend, um eben dies zu verhindern, unter offenkundig fadenscheinigen Gründen (angebliche Sicherheitsmängel) im Hafen festgesetzt.

Im Frühjahr/ Frühsommer 2021 waren vier Schiffe der Seenotrettungsorganisationen Sea-Eye, Sea-Watch und SOS Mediterranee auf diese Weise nicht im Einsatz, es war kein größeres Rettungsschiff mehr auf See – obwohl in dieser Jahreszeit besonders viele Boote mit Ziel Europa von der libyschen Küste ablegen. [15]

“
Die Menschen sehen 24 Stunden am Tag nur Wasser, und es bewegt sich nichts. Das ist psychisch extrem belastend, retraumatisierend.
[13]

“
Mehrere Verzweifelte haben bereits geäußert, über Bord springen zu wollen, weil sie die Anspannung des Wartens nicht mehr aushalten
[14]

[12] <https://www.evangelisch.de/inhalte/168689/13-04-2020/bedford-strohm-fordert-sofortige-hilfe-fuer-fluechtlinge-seenot>

[13] sea-watch

[14] SOS Mediterranee

[15] sea-watch.org/zivile-rettungsschiffe-gezielt-festgesetzt

Das erste Land, in dem geflüchtete Menschen in Europa registriert werden, ist verantwortlich für die Bearbeitung des Asylgesuchs. Dies besagt die sogenannte DUBLIN Verordnung. Das sind aufgrund ihrer geografischen Lage vorwiegend Italien, Malta und Griechenland. Auch die Kanarischen Inseln, und damit Spanien, sind stark belastet.

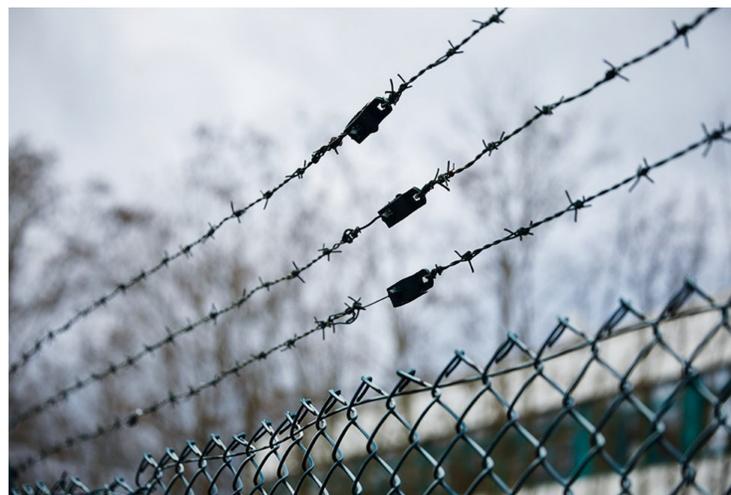


Erste Registrierung ...

Nach der Ankunft erfolgt in „Hotspots“ genannten Camps die Erstidentifikation, Registrierung und die Abnahme der Fingerabdrücke. Eine Sicherheitsabfrage in den europäischen Datenbanken soll sicherstellen, dass die geflüchteten Menschen keine „Bedrohung der öffentlichen Sicherheit“ darstellen. In dem Lager werden in einem ersten Interview u.a. Fragen zur Herkunft, zum Familienstand, der Ethnie, Religion und Staatsbürgerschaft gestellt. Die Fragen zum Gesundheitszustand münden nicht in entsprechender medizinischer Versorgung.

oder Inhaftierung?

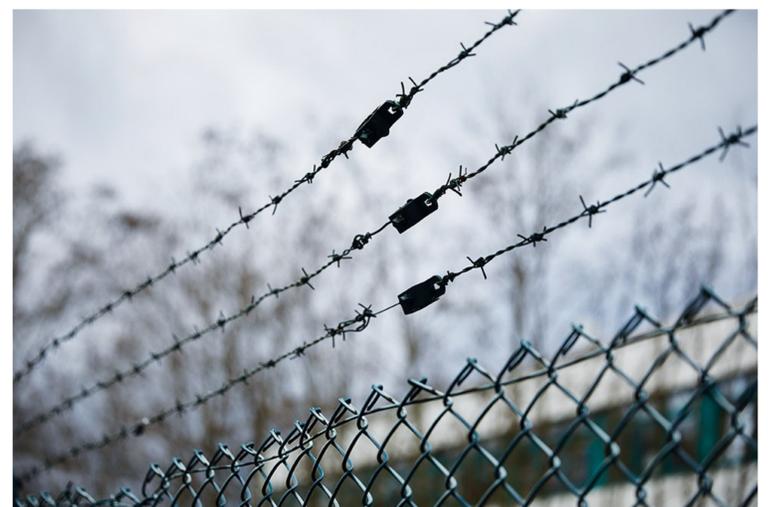
Dieses erste Festgehalten werden fühlt sich an wie eine Inhaftierung. Mobiltelefone werden konfisziert und bleiben bis zu dreißig Tage, in denen kein Kontakt zur Außenwelt möglich ist, verschwunden. Die Menschen erhalten auch keine Informationen oder Rechtsberatung. NGOs und Presse ist der Zutritt zu den Hotspots verboten. [16]



Zu wenige Lebensmittel oder solche minderer Qualität sind neben schlechten hygienischen Bedingungen, die weder vor Corona noch vor anderen Krankheiten schützen, die ersten Eindrücke von Europa. Als zermürbend werden die mangelnden Informationen über die eigene Situation sowie die Zukunft wahrgenommen. Die Gefängnis ähnlichen Strukturen dieser Lager sind ein Ausdruck der Kriminalisierung der Migration in Europa. [17]

Perspektive: Leben im Lager

Oft zieht sich die Entscheidung über den Asylantrag über Jahre hin, in denen die Betroffenen weder ankommen und sich integrieren noch wieder Abschied nehmen und eine andere Perspektive für ihr Leben suchen können. Sie sitzen fest.



I'm still in Malta. I can't stand it anymore. It's a real injustice. It's like being in prison. Being on the ship is much better than being here, I swear ... we don't know what's happening here. Once we arrived in this center they seized our phones and we still haven't got them back. ... We are in prison, there are fences and barriers everywhere. We can't go out. Sometimes we don't even have the possibility to move in the internal court. ... Every day is like the other: you wake up, eat, and sleep. And again, and again. Is this Europe? What's happening here? [18]

[16] Borderline Europe: EU Ad hoc Relocation. A Lottery from the sea to hotspots and back to unsafety

[17] dito

[18] dito F., 15.02.2019

Erste Aufnahme und Registrierung

Die Erstregistrierung erfolgt durch die Bundespolizei. Hier wird das Ersuchen um Asyl erfasst und in einem ersten Ausweispapier, der Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BüMa), bestätigt.

Die erste Unterbringung findet in einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des jeweiligen Bundeslandes statt. Seit 2018 heißen diese AnKER-Zentren (**An**kunft – **Ent**scheidung – **R**ückführung). Die Asylsuchenden müssen bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens dort bleiben, anschließend werden sie auf die Kommunen verteilt. Menschen mit sogenannter „schlechter Bleibeperspektive“ sollen nach dem negativen Entscheid ihres Asylgesuchs schnell wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. [19]

Befragung zur Flucht

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lädt die Asylsuchenden zu einer ersten Anhörung ein. Hier werden Fingerabdrücke abgenommen und Details zum Fluchtweg erfragt.

Es ist wesentlich, dass dabei ein Dolmetscher in der Muttersprache des Schutzsuchenden übersetzt, da ein Übersetzer, der zwar die offizielle Landessprache spricht, aber nicht die der betreffenden ethnischen Minderheit, dem Asylsuchenden nicht gerecht werden kann. Diese Anhörung dient der Feststellung, ob bereits in einem anderen europäischen Staat ein Asylantrag gestellt oder gar Schutz gewährt wurde (DUBLIN Verordnung). Dann wird der Asylbewerber umgehend dorthin zurück geschickt. [20]

Gewährung eines Schutzstatus

Wurde kein anderes EU-Land oder kein sogenannter „sicherer Drittstaat“ vor der Ankunft in Deutschland betreten, kann **Asyl nach dem GG Art. 16a gewährt** werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Asyl suchende Person den Nachweis erbringt, dass sie unter staatlicher Verfolgung litt aufgrund ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Religion, Nationalität oder sozialen Gruppe. Auch die Verfolgung durch den Staat wegen der sexuellen Orientierung der Person kann ein Asylgrund sein.

Als **Flüchtling nach der international gültigen Genfer Flüchtlingskonvention** kann anerkannt werden, wer den Nachweis erbringt, dass er oder sie von einer Gruppe, Partei oder Organisation persönlich verfolgt wurde aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Religion, Nationalität oder sozialen Gruppe.

Subsidiärer Schutz kann zuerkannt werden, wenn bei einer Rückkehr ins Herkunftsland „ernsthafte Schaden“ droht, z. B. durch einen innerstaatlichen bewaffneten Konflikt. Dann greift ein Abschiebestopp. [21]

Fortführung des Gedankenexperiments von Plakat 2

Hier können Sie erfahren, wie die Chancen der genannten Personen auf Asyl in Deutschland stehen würden.

Krieg und Gewalt – Wahrscheinlich NEIN ...

Sie haben Ihr Herkunftsland verlassen und wurden dort nicht zielgerichtet, individuell oder aufgrund einer bestimmten persönlichen Eigenschaft verfolgt. Auch gibt es keine begründete Furcht vor einer Gefährdung der elementarsten Menschenrechte bei einer Rückkehr nach Somalia.

Da Sie einem Mehrheiten-Clan angehören, ist vermutlich eine inländische Fluchtalternative möglich. Nachteile, welche im Rahmen eines Krieges erlitten werden, werden nicht als Verfolgung im Sinne von Art. 3 AsylG angesehen.

Menschenrechtsverletzung – VIELLEICHT ...

Sie haben Ihr Herkunftsland aufgrund einer befürchteten staatlichen Verfolgung verlassen. Es ist deshalb keine inländische Fluchtalternative möglich. Die befürchtete Verfolgung wäre individuell und zielgerichtet, und sie bestünde aufgrund einer bestimmten persönlichen Eigenschaft (geschlechtsspezifisch).

Gegen die Anerkennung Ihrer begründeten Furcht vor Verfolgung könnte sprechen, dass Sie zum Fluchtzeitpunkt weder bedroht noch verfolgt waren.

Hunger, Klima & Umwelt – NEIN ...

Sie haben Ihr Herkunftsland verlassen und wurden dort nicht zielgerichtet, individuell oder aufgrund einer bestimmten persönlichen Eigenschaft verfolgt. Auch besteht kein Risiko der Gefährdung Ihrer elementarsten Menschenrechte bei einer Rückkehr in den Tschad.

Außerdem kann eine inländische Fluchtalternative als möglich erachtet werden.

[19] [asyl.net](https://www.asyl.net)

[20] <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/ablaufasylverfahrens-node.html>

[21] <https://www.juraforum.de/ratgeber/fluechtlingshelfer-und-betreuer/asylantrag-und-asylberechtigung>

„**Fluchtursachen bekämpfen**“ ist ein Schlagwort, das immer wieder zu hören ist. Doch was bedeutet es eigentlich? Ist damit gemeint, dass „wir“ aus dem reichen Westen unser Militär in Unruheregionen im globalen Süden schicken und dort „für Ruhe und Ordnung“ sorgen? Nicht nur, dass es *unsere Maßstäbe* sind, die wir da immer wieder anlegen und *unsere Interessen*, wie der Zugriff auf Rohstoffe. Es gibt auch noch keinen wirklichen Erfolg zu verzeichnen, wo diese Strategie aufgegangen wäre. Als bekannteste Beispiele seien Afghanistan, der Irak, Libyen oder Mali genannt. Das Eingreifen „des Westens“ verstärkt die Fluchtbewegungen statt sie zu reduzieren.

Bei regionalen Spannungen und Konflikten muss es darum gehen, ein friedliches Austragen von Interessenskonflikten zu lernen und zu einem Interessensausgleich zu kommen.

„**Nachhaltige Hilfe**“ – auch im oben beschriebenen Sinn – können da eher Bildungs- oder Gesundheits-Projekte leisten, wie sie von Wohlfahrtsverbänden, NGOs oder Kirchen organisiert, durchgeführt und finanziert werden. Häufig fließen dabei auch Gelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der EU. Doch ist nicht auch diese Form der Hilfe eine Hilfe von außen, eine, die in Abhängigkeit hält?

Innovativere Ideen sind da solche, wie sie beispielsweise Oiko-Kredit fördert: Eine Genossenschaftsbank, die über lokale Partner überall auf der Südhalbkugel der Welt **Mikrokredite** vergibt. Diese werden zu moderaten Zinsen und über eine lange Laufzeit zurück gezahlt. Adressat*innen sind Landwirte und Handwerker*innen, insbesondere Frauen, die als Kleinselbständige unterschiedlichsten Tätigkeiten nachgehen und verschiedenste Dinge produzieren. So können sie ihre Familien ernähren und ihre Kinder zur Schule schicken.

Doch hat „**Fairer Handel**“ auch stark mit *unseren Einkaufs- und Konsumgewohnheiten* zu tun. Wir müssen lernen, nicht immer nur auf den Preis zu schauen, das billigste Produkt zu erwerben, sondern faire Preise für die Produzent*innen beispielsweise von Nahrungsmitteln oder Kleidung zu bezahlen. Das kürzlich beschlossene **Lieferkettengesetz** ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung, um Ausbeutung zu vermeiden.

Last but not least hat das Thema „Fluchtursachen“ mit dem bereits stattfindenden **Klimawandel** zu tun und mit *unserer Verantwortung* dafür. Der massiv zu verringernde CO₂-Ausstoß, der die Ursache für viele unerfreuliche Klimaphänomene auch bei uns ist, kann nicht nur durch den Handel sogenannter Zertifikate erreicht werden. Vielmehr müssen die Erzeuger*innen von CO₂, die zum überwiegenden Teil in den hoch entwickelten Industrieländern sitzen, umdenken. Neue Technologien müssen entwickelt werden, aber auch Gewohnheiten wie Flugreisen oder tägliche Nutzung des Autos überdacht und geändert werden.

Alarme Phone Sahara

SENSIBILISER, DOCUMENTER, SECOURIR

Um die Menschen bei der Wüstendurchquerung zu unterstützen, hat sich eine Gruppe nach dem Vorbild des Alarmphone der Seenotrettung gebildet: Das Alarmphone Sahara. Es ist rund um die Uhr besetzt. Da es in der Wüste jedoch kaum Empfang gibt, wurde ein Netz von Hinweisgebern aufgebaut, die die Flüchtenden persönlich beraten und Flyer mit den wichtigsten Tipps für die Reise durch die Wüste verteilen.



Das Watch the Med Alarm Phone wurde im Oktober 2014 von AktivistInnen in Europa und Nordafrika ins Leben gerufen. Es ist eine Art selbst organisiertes Call-Center für Geflüchtete, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Dieses informiert die zuständigen Küstenwachen. Der Seenotfall wird dokumentiert, die Koordinaten des Bootes aufgenommen und weitere Hilfe mobilisiert. So soll auf die jeweiligen Verantwortlichen Druck ausgeübt werden, Push-Backs und andere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Das Alarm Phone ist keine Rettungsnummer, aber eine Nummer, um Unterstützung und Rettung zu organisieren.

Weitere Hilfsangebote



Sea-Eye e.V. ist eine zivile Hilfsorganisation, die sich 2015 gegründet hat, um dem Sterben im Mittelmeer nicht länger tatenlos zuzusehen.

“Auf der tödlichsten Fluchtroute der Welt suchen wir nach Menschen in Seenot und kämpfen gegen den täglichen Verlust von Menschenleben auf See. Unser Handeln ist eine Antwort auf die gescheiterte Migrationspolitik der Europäischen Union, die sich ihrer Verantwortung für die Tausenden Todesfälle im Mittelmeer verweigert.“

In Reaktion auf das Sterben im Mittelmeer und der Untätigkeit der Staaten wurde SOS MEDITERRANEE gegründet. Als zivilgesellschaftliche, europäische humanitäre Organisation finanziert und plant sie Seenotrettungen im zentralen Mittelmeer. Mit den Rettungsschiffen Aquarius (2016 – 2018) und Ocean Viking (seit Juli 2019) konnten bereits über 31.000 Menschen gerettet werden.



Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen vorwiegend von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, die sich für sichere Fluchtwege, für ungehinderte Seenotrettung und für ein Ende des Sterbens an den europäischen Außengrenzen engagiert. Mit Demonstrationen und Protestaktionen auf dem Land und in der Stadt streiten sie in zahlreichen Lokalgruppen für eine solidarische und Menschenrechts-basierte Migrationspolitik.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass geflüchtete Menschen einen Ort zum Ankommen finden, einen Sicheren Hafen. Allein im deutschsprachigen europäischen Raum haben sich bereits über 250 Kommunen aufnahmebereit erklärt. Es muss ein kommunales und ein Landesaufnahmeprogramm geben, das unkompliziert ermöglicht, mehr geflüchteten Menschen in der jeweiligen Stadt oder Kommune eine neue Heimat zu bieten.

Sie überlegen jetzt, wie Sie helfen können?

Super! Es gibt von fast allen Hilfsorganisationen lokale Gruppen, die sich immer über Verstärkung freuen.

Sie finden sie im Internet.

Außerdem können Sie selbstverständlich spenden, Geld wird auch bei ehrenamtlich organisierten und arbeitenden Gruppen immer gebraucht. Kontoverbindungen finden Sie ebenfalls im Internet.

Diese Ausstellung wurde zusammengestellt von

Eva-Maria Brütting, Seebrücke Fürth, c/o EINE WELT LADEN FÜRTH e.V., Gustavstraße 31, D-90762 Fürth seebrueckefuerth@gmx.de

zusammen mit Aktivistinnen von der Seebrücke Schweiz, der Sea-Eye Lokalgruppe Bern, von SOS MEDITERRANEE Schweiz und der Seebrücke Mainz